



Schneller und sicherer Radweg München-Ebersberg

Viele Bürger*innen klagen über den zunehmenden Kfz-Verkehr in unserer Gemeinde. Zugleich haben uns die Unwetter der letzten Wochen mit überfluteten Kellern, zerstörten Getreidefeldern und umgestürzten Bäumen ahnen lassen, was uns blüht, wenn wir nicht endlich handeln und das Klima aktiv schützen. Wir GRÜNE sind überzeugt, dass attraktive Radwege ein wichtiger Schritt zur Verkehrswende in der Region und zum Schutz des Klimas sind. Das Interesse am Radfahren wächst: In Zeiten der Pandemie haben viele das Rad als alternatives Verkehrsmittel und als Freizeitsport neu für sich entdeckt. Radgeschäfte melden Rekordumsätze. E-Bikes liegen im Trend und können gerade auf kürzeren Strecken – fast die Hälfte aller Autofahrten sind kürzer als 5 km – Autos oft mühelos ersetzen.

Damit die Verkehrswende gelingt, brauchen wir attraktive, sichere Radwege zwischen den Gemeindeteilen, in unsere Nachbargemeinden und in Richtung München. Seit Jahren sind Radwege in Grasbrunn ein heißes Thema. Jeder ist dafür, passiert ist bisher wenig.

Mit dem ‚Schnellen Radweg‘ haben nun GRÜNE Ortsverbände aus dem Münchener Osten ein Konzept vorgelegt, das Radfahrer*innen zwischen München und Ebersberg schnell, sicher und weitgehend abseits des Autoverkehrs ans Ziel bringt, dabei bestehende Strukturen nutzt und mit vergleichsweise wenigen baulichen Maßnahmen relativ zügig und kostengünstig zu realisieren ist. Das ist nicht nur gut für die Umwelt, sondern bringt auch diejenigen besser voran, die wirklich auf ein Auto angewiesen sind.



Radweg bei Sauerlach

Auf Grasbrunner Flur nutzt der ‚Schnelle Radweg‘ den auf rund 800 m südlich der Bahnlinie verlaufenden Fuß-/Radweg sowie die vor wenigen Jahren aufwändig erneuerte Brücke über die A99. Damit der Radweg ganzjährig von Radler*innen genutzt werden kann, geht es vor allem um eine Asphaltierung des bislang geschotterten Abschnittes.

Attraktive Radwege müssen sicher, schnell und bequem sein. All dies bietet der ‚Schnelle Radweg‘, insbesondere

- Schüler*innen der weiterführenden Schulen in Haar und Baldham
- Grasbrunner Bürger*innen – auf dem Weg zu Fachgeschäften, Arztpraxen, Bädern, Sport- und Kultureinrichtungen, die in unserer Gemeinde nicht zur Verfügung stehen

• Pendler*innen: Die Strecke verläuft unmittelbar entlang des Technoparks. Wie groß das Interesse dort ansässiger Firmen an einer guten Radinfrastruktur ist, zeigen die jährlichen Erfolge des Teams von Opentext beim Stadtradeln, das zuletzt mit sagenhaften 6.835 km den Spitzenplatz in unserer Gemeinde belegte.

Anders dagegen der bereits bestehende Radweg entlang der B304:

- Auf den Autoverkehr abgestimmte Ampeln verhindern ein zügiges Vorankommen.
- Lärm und Abgase sind unangenehm und gefährden die Gesundheit.
- Nach starken Regenfällen sorgen riesige Pfützen nahe der A99 für unfreiwillige Duschungen.

• Abbiegende und die B304 querende Autos gefährden die Sicherheit der Radler*innen.

Nachdem 2014 ein 13-jähriger Schüler bei einem tragischen Unfall mit einem abbiegenden LKW ums Leben kam, wurden im Juni zwei 14-Jährige an einer ausgefallenen Ampel an der B304 von einem Auto erfasst. Auch wenn die Jungs diesmal ohne größere Verletzungen davon kamen, zeigt der Vorfall, wie riskant der Radweg entlang der B304 sein kann.

Einstimmiger Beschluss im Gemeinderat

Nach ersten positiven Beschlüssen unserer Nachbargemeinden ist das Konzept der GRÜNEN zuletzt auch im Grasbrunner Gemeinderat auf breite Zustimmung gestoßen. In der Sitzung vom 30.6. wurde der Prüfantrag der GRÜNEN einstimmig angenommen. Nun soll die Verwaltung die Besitzverhältnisse klären, mögliche Kosten schätzen und Fördermöglichkeiten prüfen. Zudem soll geklärt werden, ob eine Trennung von Fuß- und Radverkehr möglich ist.

Gemeinsam radeln & feiern am 1.8.

Wer den ‚Schnellen Radweg‘ und nebenbei noch ein paar Direktkandidaten der GRÜNEN zur Bundestagswahl kennenlernen möchte, hat am 1.8. Gelegenheit dazu. Geplant ist eine Radtour mit Start in Grafing und Berg am Laim. Gemeinsamer Treffpunkt ist dann ab 12 Uhr bei einem grünen Sommerfest mit Musik und Bio-Speisen in Haar, zu dem alle Bürger*innen herzlich eingeladen sind.

Details und aktuelle Infos unter <https://schneller-radweg-muenchen-ebersberg.de/>

Dr. Inge Ziegler

16 Jahr regiert – 16 Jahr ist nix passiert



Im Wahlkampf wird die Angst vor den GRÜNEN geschürt. Es wird behauptet, mit uns würden die Steuern steigen, die Wirtschaft leiden, der Wohlstand sei in Gefahr und die Gesellschaft werde mit Verboten überzogen.

Dem stellen wir einige Fakten aus den letzten 16 Jahren gegenüber.

Die letzte Senkung der Einkommenssteuer stammt aus dem Jahr 2000. Damals wurde unter grüner Regierungsbeteiligung der Spitzensteuersatz von 53 auf 42 % gesenkt (der Eingangsteuersatz von 26 auf 15 %). Als erste gemeinsame Aktion konnte sich die GroKo 2006 auf eine Erhöhung der MwSt. von 16 auf 19 % einigen. Ansonsten 16 Jahre Stückwerk in der Steuerpolitik.

> Die GroKo erhöhte die Steuerlast für die Bürger.

Milliarden Euro werden an die Braunkohlebetreiber bezahlt – Geld für eine sterbende Branche. Gleichzeitig fallen Zehntausende von Arbeitsplätzen in der Windindustrie weg.

Ein ständiges Hin und Her bei der Atomenergie, das uns teuer zu stehen kommt. Erst Laufzeitverlängerungen, dann wieder Laufzeitverkürzungen. Unsere Industrie hatte mit dem

grünen Umweltminister im Jahr 2000 einen klaren Ausstiegsplan definiert.

> Das Verschleppen des Umstiegs zu erneuerbaren Energien bringt unsere Wirtschaft ins Hintertreffen.

In weiteren 16 Jahren muss unsere Wirtschaft eine klimaneutrale Welt liefern. Wenn wir weiterhin Themen wie Digitalisierung, Bildung und Klimakrise verschlafen, ist unser Wohlstand in Gefahr. Wir GRÜNEN wollen stattdessen ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen.

> Die aktuelle Politik gefährdet unseren Wohlstand.

Die Union wollte das Verbot der Homo-Ehe, Seehofer will eine starke Verschlüsselung von Nachrichten verbieten (wie WhatsApp). Die FDP will ein Rauchverbot an öffentlichen Orten. Egal wie man zu den einzelnen Themen steht: Die GRÜNEN als Verbotspartei darzustellen, ist nur Ausdruck von Einfallslosigkeit bei echten Wahlkampfthemen.

> Die GRÜNEN sind keine Verbotspartei.

Coronapandemie und Maskenaffäre

Fehler in einer solchen Pandemie geschehen. Auch bei unserer Regierung. Und wir wollen hier nicht über Einzelheiten wie fehlende

Luftfilter in Klassenzimmern vor dem letzten Winter reden. Oder die zögerliche Impfstoffbeschaffung.

Aber ein Punkt ist kaum zu begreifen. Experten haben schon lange vor neuen Pandemien gewarnt und ein Szenario mit einem über die Luft übertragbaren Virus ist nicht unwahrscheinlich. Wie kann es sein, dass viel zu wenig Masken und Schutzkleidung für medizinisches Personal eingelagert sind?

Ein Jahr später kommt nun noch die Maskenaffäre ans Licht. Mehrstellige Millionenbeträge an Provisionen sind in dieser Zeit an Unionspolitiker geflossen.

Die Pandemie zeigt schonungslos Versäumnisse der letzten Jahre auf.

Die Digitalisierung bei Behörden, Schulen und im Gesundheitswesen wurde jahrelang verschlafen:

• Viele Gesundheitsämter übermitteln ihre Daten per Fax.

• Die Einführung eines zentralen Systems zur Nachverfolgung von Infektionen dauert über ein Jahr.

• Schule per Post und Telefon – Das bayerische Schulsystem mebis bricht zusammen.

• Während private Unternehmen innerhalb von Tagen und Wochen auf Homeoffice umstellen, brauchen viele Behörden dazu Monate.

• Der Notstand bei der Pflege alter Menschen wird zum großen Problem.

16 Jahre verspielt

Um nicht den Eindruck zu erwecken, in den letzten 16 Jahren wäre gar nichts passiert, stellen wir hier einmal einige Aktivitäten der Regierungsrbeit zusammen:

• Die langwierige CSU-Mission „PKW-Maut“ 2013 als großes Wahlkampfthema einge-

bracht. Ergebnis: Außer Spesen nix gewesen.

• Die Bundeswehr vergibt hochdotierte Beraterverträge für große Unternehmen. Gleichzeitig ist die Ausrüstung der Soldaten mangelhaft und nicht einsatzfähig.

• Der DigitalPakt Schule wird mit Hilfe einer Grundgesetzänderung initiiert. Die Umsetzung der Digitalisierung an den Schulen stagniert weiterhin.

Aber weg von der Vergangenheit und hin zu den großen Herausforderungen für unsere Gesellschaft:

• Die Klimakrise

• Die demographische Entwicklung in Deutschland (zu wenig junge Menschen, Entwicklung der Renten und Beiträge)

• Bevorstehende Überforderung des Gesundheitswesens und der Pflege

• Aus- und Weiterbildung als zentrale Zukunftsaufgabe

• Soziale Herausforderungen durch Globalisierung, Automatisierung und Migration

• Die zunehmende Digitalisierung in allen Bereichen unserer Gesellschaft

Diese Herausforderungen sind groß, aber Deutschland will nicht nur Mittelmaß sein. Nach 16 Jahren Flickwerk und Zögern müssen wir diese Themen aktiv angehen.

Die Wahlprogramme der Regierungsparteien versprechen so manches auf buntem Papier, aber: 16 Jahr regiert – 16 Jahr ist nix passiert. 16+1 Jahr, und es hat Boom gemacht.

Allein – uns fehlt der Glaube.

Lieber die GRÜNEN wählen für einen klimagerechten Wohlstand – die Grundlage für eine lebenswerte Zukunft für unsere Kinder.

Mitchell Nelson / Uli Probst

Die Klimakrise – Wird Benzin zu teuer?

Verkehrsminister Andreas Scheuer hat nach der PKW-Maut endlich eine neue Herausforderung gefunden. Er beschwert sich zusammen mit Olaf Scholz über die von der GroKo selbst beschlossene Benzinpreiserhöhung und fordert eine Benzinpreislösung. Die Schuld wird den GRÜNEN zugeschoben.

Die Position der GRÜNEN reduziert sich nicht auf Einzelpunkte wie Benzinpreise oder Kurzstreckenflüge. Es geht nicht um Verbote, wie die Regierungsparteien es darstellen. Es geht einzig und allein um ein Klimaschutz-Sofortprogramm, um unser Land auf den in der Pariser Klimakonferenz beschlossenen Pfad zu führen. Die CO₂-Steuer geben wir den Bürger*innen in Form von Energiegeld, einer Reduzierung der EEG-Umlage und Klimabonus zurück.

Wir sind die einzige Partei, die ein glaubwürdiges Programm für echten Klimaschutz vorweisen kann. Bei diesem zentralen Thema reicht es nicht, für Wahlbroschüren Bäume zu umarmen und gleichzeitig mit einer 10H-Regel gegen Windkraft die Erzeugung klimafreundlicher Energiegewinnung zu verhindern.



Aber wird das nicht zu teuer?

Was machen wir bei Zahnschmerzen? Der Gang zum Zahnarzt mag Angst und Schmerzen bereiten, löst aber das Problem. Je länger wir bei Zahnschmerzen oder in der Klimakrise warten, desto teurer und schmerzhafter wird es.

Die wahre Gefahr für unseren Wohlstand ist der Stillstand!

Die Klimakrise gefährdet den Lebensraum unserer Kinder und Enkel. Auch sie sollen in einer intakten Umgebung und Natur aufwachsen können.

Kommen wir schließlich noch zu dem, was wir alle gerne haben. Entgegen einer weitverbreiteten Meinung mögen auch wir GRÜNE Wohlstand und Geld.

Der klimaneutrale Umbau der Welt wird stattfinden, mit oder ohne uns. Will Deutschland in dieser spannenden Zeit mit dabei sein oder weiter ins Mittelmaß abfallen?

In weiteren 16 Jahren wird der deutsche Maschinenbau keine Maschinen mehr für ÖL-Raffinerien oder zum Abbau von Braunkohle an die Welt verkaufen. Unsere Werften werden ihr Geschäft nicht mit dem Bau von Öltankern verdienen.

Das große Geld wird mit neuen klimaneutralen Technologien verdient werden. Digitale intelligente Stromnetze zu liefern und zu betreiben. Windkraft, Solarenergie, Wasserstoff und vieles mehr sind die Bereiche, in denen Deutschland mit dabei sein sollte.

Wir können uns keine weiteren 16 Jahre Stillstand leisten. Unser Wohlstand und unser Lebensraum sind in Gefahr. Wir können es uns nicht leisten, die aktuellen Regierungsparteien

unsere Politik bestimmen zu lassen.

Die Programme der anderen Parteien sind grün angepinselt, aber innen löchrig.

Wählen Sie das Original.

Für einen klimagerechten Wohlstand.

Mitchell Nelson / Uli Probst



Das Froschbarometer

Verbesserungen für Photovoltaik

Für Betreiber*innen von Photovoltaik-Anlagen (PV) hat das neue EEG 2021 einige Verbesserungen gebracht. Diese reichen zwar nicht für eine Energiewende, gehen aber in die richtige Richtung.

Was ist neu?

- Die EEG-Umlage entfällt auf selbst erzeugten und genutzten Solarstrom aus Anlagen bis 30 kW Leistung. Das gilt auch für Bestandsanlagen und ausgediente Anlagen.
- Die Ausschreibungspflicht für PV-Dachanlagen gilt nun erst ab einer Leistung von 750 kW.
- Der Mieterstromzuschlag steigt: Er reicht jetzt von 2,37 bis 3,79 Cent pro Kilowattstunde.
- Betreiber*innen können einen Energiedienstleister als Mieterstromlieferant beauftragen, ohne dass der Anspruch auf den Mieterstromzuschlag verloren geht.
- Die Mieterstromanlage muss sich nicht mehr auf dem Gebäude oder Nebenanlagen im unmittelbaren Zusammenhang befinden, sondern nur noch im selben Quartier.

Zusätzlich geht die Finanzverwaltung bei selbstgenutzten PV-Anlagen bis 10 kW auf dem eigenen Gebäude davon aus, dass sie ohne Gewinnerzielungsabsicht betrieben werden und die Einnahmen daraus nicht einkommensteuerpflichtig sind.

Max Walleitner



Impressum

Das Grüne Blatt wird herausgegeben von



Kontakt:

E-Mail: ov.grasbrunn@gruene.de

Redaktion:

Mitchell Nelson
www.gruene-ml.de/grasbrunn
V.i.S.d.P. Mitchell Nelson,
 Schusterweg 24, 85630 Grasbrunn
 Layout: Tobi Jagalski, tobi@jagalski.net

Bildnachweis:

Bilder wenn nicht anders angegeben von privat
 - GroKo: Frank Hams / istockfoto.com
 - Grillkohle, Grasbrunner Hof: Wolfgang Schneidt
 - Klima: Gerd Altmann / pixabay.com

Nachhaltig grillen mit Holzkohle?

Sommerzeit ist Grillzeit. 97 % der Deutschen grillen gern – gerade wegen seiner besonderen Art der urig-archaischen Nahrungszubereitung mit ganz speziellem Geschmacks- und Geruchserlebnis. So werden hierzulande jährlich weit über 200.000 Tonnen Grillkohle und -briketts verglüht, in der EU fast eine Million Tonnen!

Woher kommt die Grillkohle?

Wenn auf den Kohlesäcken deutsche Adressen angegeben sind, weist das meist nur auf den Verpackungsort hin. Die meiste Grillkohle kommt bei uns aus Polen, gefolgt von Südamerika und Afrika. Übersee-Kohle enthält oft Tropenholz aus Regenwald-Einschlag, häufig illegal. Ein Herkunftsnachweis für nachhaltige Bewirtschaftung ist dort unmöglich. Aber auch in europäischen Ländern findet illegaler Holzeinschlag statt, z.B. für Buchenholz aus Schutzgebieten in der Ukraine. Hochrisiko-Kohle stammt aus Nigeria, Paraguay und der Ukraine. Da überrascht es wenig, dass auf den Verpackungen meist keinerlei oder fehlerhafte Informationen zu Holzart und -herkunft zu finden sind – laut einer Marktanalyse des WWF von 2020 in 80 % der getesteten Produkte.

Welche Grillkohle sollte man verwenden?

Billigprodukte enthalten oft keine Angaben zur Herkunft des Holzes – also besser liegen lassen. Ein vorhandenes Prüfzeichen DIN EN 1860-2 garantiert wenigstens, dass die Kohle



kein Pech, Erdöl, Koks oder Kunststoffe enthält.

Besser sind die Zertifikate PEFC und FSC. Ein **PEFC-Zertifikat** steht u.a. für den Verzicht auf Kahlschläge und den Einsatz von Pestiziden. Es berücksichtigt soziale Kriterien und einen lückenlosen Herkunftsnachweis der so gekennzeichneten Holzprodukte. Zudem garantiert es, dass mindestens 70 % des Inhaltes aus PEFC-Wäldern stammen – immerhin.

Auch das **FSC-Siegel** soll anzeigen, dass das Produkt aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung stammt, d.h. bei der Bewirtschaftung bleiben Tiere und Pflanzen, Wasserressourcen, Böden und empfindliche Ökosysteme unverändert.

Bundesregierung und EU-Parlament betrachten PEFC und FSC seit 2007 als zuverlässige Nachweise für nachhaltige Herkunft. Beide Zertifizierungssysteme sind kein perfekter Nachweis für absolute Umweltfreundlichkeit, aber wesentlich besser als unzertifizierte Ware. Solche Grillkohle kann man kaufen.

Wer noch ökologischer Glühen will, kann zu Briketts aus Olivenkernen oder Kokosnussschalen greifen.

Unser Tipp: Beim Kauf von Grillkohle nicht übereilt zu Billigware greifen, sondern auf Zertifikate achten oder gleich einen umweltfreundlicheren Elektro- oder Gasgrill verwenden.

Eine noch wichtigere Rolle spielt aber nicht wie wir grillen, sondern was wir grillen: 95 % der klimarelevanten Emissionen entstehen beim Grillen nämlich durch das Fleisch. Wer also Wert auf eine möglichst gute Klimabilanz legt, sollte vielleicht statt dem letzten Stück Halsgrat lieber einen Maiskolben auflegen...

Wir haben die Wahl!

Quellen unter <https://tinyurl.com/holzkohle>

Verwendete Kürzel:

PEFC (Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes)
 FSC (Forest Stewardship Council)

Helmut Hofmann

Echo aus dem Gemeinderat

Aus Platzgründen können wir zwar nur einen kleinen Ausschnitt unserer Arbeit im Gemeinderat darstellen, beantworten aber gern weitergehende Fragen. In den vergangenen Monaten waren Bauen und Corona die herrschenden Themen im Gemeinderat.

Neubaugebiet im Zentrum von Grasbrunn

Ein Thema, mit dem sich der Gemeinderat besonders lange und intensiv beschäftigt hat, war das geplante Neubaugebiet im Ortszentrum von Grasbrunn. Da sich alle Fraktionen einig waren, dass Grasbrunn ein „Wirtshaus“ braucht und wir eine deutlich geringere Zahl von Wohnungen wollen als vom Bauträger gewünscht, konnte das auch durchgesetzt werden. Darüber hinaus haben wir GRÜNEN uns für einen zentralen, mit Hecken abgeschirmten Spielplatz, mehr Begegnungs- und Ruheplätze, mehr Blumenwiesen und eine ökologischere Gestaltung der Gebäude eingesetzt, konnten dafür aber keine Mehrheit gewinnen. Immerhin konnten wir erreichen, dass für alle Gebäude die Vorrichtungen für Photovoltaik-Anlagen und Regen-Rückhaltevorrichtungen geschaffen werden.



Turnhalle

Die von uns mit vorangetriebene neue Sporthalle steht mittlerweile im Rohbau und wird den Bürger*innen ab Herbst zur Verfügung stehen. Sie wurde gegen den Willen der CSU durchgesetzt, die einen anderen Standort wollte. Leider ist es uns GRÜNEN nicht gelungen, auch auf dem Hauptgebäude eine Photovoltaik-Anlage zur Stromerzeugung anbringen zu lassen.

Gewerbegebiet Keferloh

Das gegen die Stimmen der GRÜNEN beschlossene Gewerbegebiet in Keferloh führt zu weiterer Versiegelung des Bodens und zu Flächenverbrauch, ohne in den nächsten Jahren viel Gewerbesteuer einzubringen.

Neue Klimaschutzmanagerin

Seit 2021 hat Grasbrunn eine eigene Klimaschutzmanagerin. Die Schaffung der Stelle geht auf einen Antrag der GRÜNEN zurück. Aufgrund der aktuellen Fördermöglichkeiten wurde abweichend vom Beschluss des Gemeinderates kein*e Umweltreferent*in eingestellt.

Corona

Bei der Pandemie-Bekämpfung war auch unsere Gemeinde intensiv eingebunden, z.B. im Rahmen der Nachverfolgung infizierter Personen. Hier möchten wir der Verwaltung ausdrücklich für ihr Engagement in diesen schwierigen Zeiten danken. Zusätzlich haben wir beschlossen, Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen mit Luftfiltern und Lap-tops auszustatten.

Max Walleitner